

1 Einleitung

1.1 Entstehungsgeschichte der Sicherheitsanalyse 2000 für die Hansestadt Lübeck

Nachdem im Jahr 1991 die damalige Kriminaldirektion Schleswig-Holstein Süd eine Kriminologische Regionalanalyse veröffentlicht hatte, als deren wesentliches Ergebnis 1992 einer der bundesweit ersten Kriminalpräventiven Räte gegründet wurde, entschlossen sich im Jahre 1999 die Verantwortlichen der Polizeiinspektion Lübeck gemeinsam mit dem Kriminalpräventiven Rat der Hansestadt Lübeck diese Analyse zu wiederholen. Die Hansestadt Lübeck war so eine der ersten Städte in der Bundesrepublik über 200.000 Einwohner, die eine Fortschreibung der Kriminologischen Regionalanalyse gewährleistet.

Die Raumbezogenheit polizeilichen Kontrollhandelns, die sich u. a. auch in dem Instrument der Kriminologischen Regionalanalyse niederschlug, hat sich im verstrichenen Jahrzehnt noch erheblich verstärkt.

Im Vergleich zu 1990 verbesserte sich die Hansestadt Lübeck im bundesweiten Vergleich der Häufigkeitszahlen der Städte über 200.000 Einwohner vom dritten auf den elften Platz.

Mit der Sicherheitsanalyse 2000 für die Hansestadt Lübeck werden zwei Ziele verfolgt:

Das erste Ziel besteht darin, nach Ablauf von etwa zehn Jahren, Teile der damaligen Studie zu replizieren und derart einen zweiten Messpunkt zu bestimmen, von dem aus sich die Veränderungen der Einschätzungen, Bewertungen und Verunsicherungen der Lübecker Bevölkerung vergleichen lassen. Ein solcher Vergleich soll, sowohl im Hinblick auf die polizeiliche Schwerpunktsetzung und politische Planung als auch im Hinblick auf die Strukturen und Veränderungen, die sich dadurch aufzeichnen lassen, stattfinden.

Ein zweites Ziel besteht darin, die Bekanntheit des Kriminalpräventiven Rates in Lübeck zu erheben und die Frage zu beantworten, ob dieser Rat und seine Arbeit öffentlich wahrgenommen werden und ein akzeptiertes Gremium darstellt, dem die Bevölkerung Kompetenz und Bedeutung zuschreibt. Es soll somit auch der Versuch unternommen werden, die präventiven Bemühungen des Kriminalpräventiven Rates in der Hansestadt Lübeck zu evaluieren.

Die Bezeichnung Sicherheitsanalyse soll vor allem deutlich machen, dass die aktuelle Untersuchung zu einer weiteren Optimierung der Sicherheitslage in der Hansestadt Lübeck beitragen soll. Zu diesem Zweck soll gegebenenfalls auf die infolge der Kriminologischen Regionalanalyse 1991 errichteten Fundamente aufgebaut werden.

1.2 Realisation

Die ca. 80.000,-- DM teure Untersuchung konnte aufgrund der finanziellen Unterstützung seitens der Stiftung für Kriminalprävention in Münster, deren Vorsitzender Herr Klaus Stüllenberg ist, durchgeführt werden. Um eine Vergleichbarkeit zu gewährleisten, wurde der neue Fragebogen eng an den der Kriminologischen Regionalanalyse von 1991 zugrunde liegenden Fragebogen angelehnt. Für die Untersuchung konnte das Institut für Sicherheits- und Präventionsforschung e.V. aus Hamburg gewonnen werden.

Der Fragebogen wurde 3.000 Befragten auf dem Postweg zugesandt. Die Auswahl der Befragten erfolgte, wie es bei Repräsentativbefragungen üblich ist, nach der Methode der Wahrscheinlichkeitsauswahl. Die Grundgesamtheit für diese Auswahl umfasst alle Bewohnerinnen und Bewohner ab 14 Jahren der Hansestadt Lübeck, die in dem zentralen Einwohnermelderegister registriert sind. Aus dieser Grundgesamtheit sind nach einem mathematischen Zufallsprinzip die Befragten ausgewählt worden. Es sind insgesamt 1.003 Fragebögen zurückgesandt worden.

Die Auswertung bezieht sich auf 967 Fragebögen, da einige Fragebögen nicht ausgewertet werden konnten. Das entspricht einer Rücklaufquote von 32,4 %, welche sich ganz im Rahmen des bei schriftlichen Befragungen Erwartbaren hält. Die Stichprobe lässt sich im Gesamtblick als ein repräsentatives Abbild der Grundgesamtheit der Lübecker Bevölkerung werten, so dass von den Ergebnissen der Untersuchung auf die Lübecker Wohnbevölkerung über 14 Jahre geschlossen werden kann.

Die Realisation des Projekts "Sicherheitsanalyse für die Hansestadt Lübeck 2000" erfolgte im Rahmen eines zwischen der Stiftung für Kriminalprävention und dem Institut für Sicherheits- und Präventionsforschung e.V. geschlossenen Werkvertrages. Das Erreichen und Vorliegen bestimmter Aufgabenschritte verband sich mit Zahlungen. Die Gesamtarbeit erstreckte sich von November 1999 bis Juni 2000. Im Juni 2000 wurde die ausgearbeitete Fassung der "Sicherheitsanalyse Lübeck 2000" vom Institut für Sicherheits- und Präventionsforschung e.V. an die Auftraggeber übergeben.

Die Projektkoordinierung lag in den Händen der Polizeiinspektion Lübeck und des Kriminalpräventiven Rates. Die Polizeiinspektion Lübeck hatte zu diesem Zweck zwei Mitarbeiter und der Kriminalpräventive Rat seine Geschäftsführerin eingeteilt. Für die Polizeiinspektion Lübeck verbindet sich mit dem Vorliegen der Sicherheitsanalyse das Ziel, daraus Konsequenzen für das polizeiliche Handeln in der Hansestadt Lübeck abzuleiten.

Copyright und Bezugsquellennachweis

Diese Kurzfassung kann als kostenloses download im pdf-Format bezogen werden:

<http://www.institut.de/praev.html> > Menuepunkt KRA

Die Originalfassung des Forschungsberichtes sowie die Datensammlung liegen den Initiatoren ausschließlich zur internen Verwaltungs- und Polizeiarbeit in Schriftform vor.

Für die Verwendung außerhalb dieser Zweckbestimmung liegen die Nutzungs- und Verwertungsrechte ausschließlich bei der Holding der Stiftung für Kriminalprävention GmbH, Postfach 480561, 48082 Münster.

Dort kann sowohl die

⇒ Originalfassung als **Forschungsbericht** zum Preis von DM 120,- (etwa 200 Seiten)

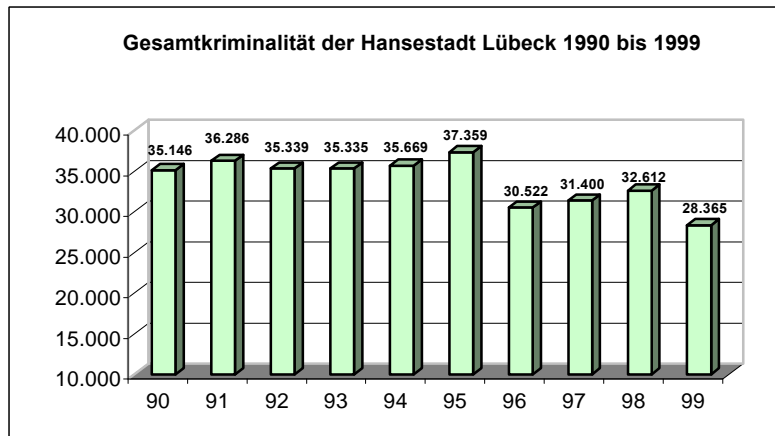
als auch die

⇒ Originalfassung einschließlich der gesamten – anonymisierten – Datenbasis als **Forschungsbericht + Daten** zum Preis von DM 200,- (etwas 700 Seiten)

schriftlich oder via Internet (siehe oben) bezogen werden.

2 Hauptteil

2.1 Darstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) von 1990 – 1999 für die Hansestadt Lübeck



Im Jahre 1990 wies die Hansestadt Lübeck eine vergleichsweise hohe Kriminalitätsrate aus. In den letzten Jahren hat diese Rate nicht unbeträchtlich geschwankt und ist seit 1990 um 19,3% gesunken.

2.2 Kriminalitätswahrnehmung und Verunsicherungsstrukturen in der Hansestadt Lübeck

Einschätzung der Kriminalitätsentwicklung in den letzten zehn Jahren

Die Mehrheit der Antwortenden (75,1 %) vertritt die Ansicht, dass die Kriminalität in den letzten zehn Jahren gestiegen ist. Dabei sind es eher Frauen, die angeben, dass die Kriminalität in den letzten zehn Jahren gestiegen ist. Bezieht sich diese Frage auf die direkte Wohnumgebung, so wird von einer deutlich niedrigeren Steigerungsrate als für die gesamte Stadt Lübeck ausgegangen.

Bei Verunsicherungen durch Kriminalität handelt es sich also offenbar eher um abstrakte Zuschreibungen, die weniger dem eigenen lokalen Erfahrungshorizont entstammen. Nach Ansicht der Lübecker Bevölkerung ist in den letzten zehn Jahren vor allem die Sachbeschädigung und die Körperverletzung gestiegen. Die PKS weist aus, dass in den letzten drei Jahren tatsächlich die Sachbeschädigung die höchste Steigerungsrate aufweist.

Die Bedeutung des Themas Kriminalität

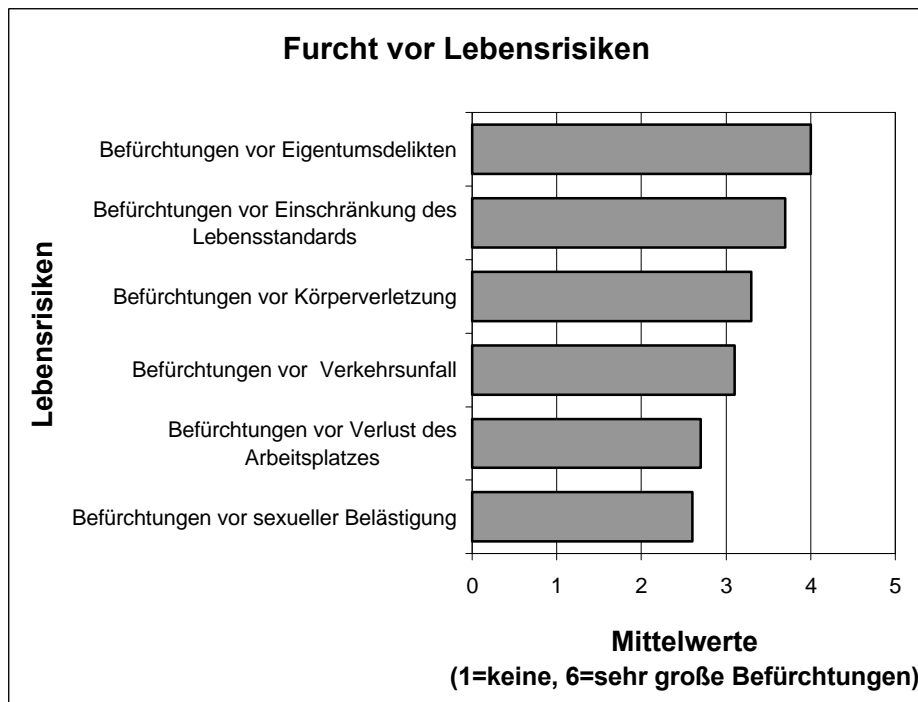
Bei der Frage zur persönlichen Bedeutung des Themas Kriminalität geht es um die Relevanz der Kriminalität in der individuellen Lebenswelt der Befragten. 73,5 % der Befragten geben an, dass das Thema Kriminalität ihnen äußerst wichtig ist. Fasst man die Antworten "eher wichtig" und "äußerst wichtig" zusammen, sind es sogar 96,4 % der Lübeckerinnen und Lübecker, für die Kriminalität persönlich wichtig erscheint. Es sind vor allem Frauen, denen dieses Thema wichtig ist.

Ebenso nimmt die Relevanz dieses Themas mit steigendem Alter zu. Befragt nach den wichtigsten staatlichen Aufgaben, nimmt Kriminalität in der Hierarchie den zweiten Platz ein. Einzig wichtiger ist den Befragten die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die mit erheblichem Abstand an erster Stelle steht.



Bezogen auf die städtischen Problemlagen nimmt die Bedeutung von Kriminalität allerdings ab, denn nach den drei dringendsten Problemen in der Hansestadt Lübeck gefragt, rückt nun viel mehr ein konkretes räumliches Umfeld in den Vordergrund. Die dringlichsten Probleme in Lübeck stellen sich demnach vor allem als starke Verkehrsbelastung und schlechter Straßenzustand dar. An zweiter Stelle rangieren in dieser Liste vor allem Defizite, die dem sozialpolitischen Bereich zuzuordnen sind. Am häufigsten werden hier die hohe Arbeitslosigkeit und der Mangel an Ausbildungsplätzen genannt. Die Bekämpfung der Kriminalität nimmt im Zusammenhang mit der Rangliste städtischer Problematiken die dritte Position ein.

Kriminalitätsfurcht und andere Verunsicherungen



Vergleicht man die Ausprägung der Opferfurcht vor kriminellen Bedrohungen, so zeigt sich deutlich, dass die Angst vor Eigentumsdelikten erheblich größer ausfällt als die Angst vor Körperverletzungen und sexueller Belästigung. Diese Angst wird gefolgt von der Befürchtung, den Lebensstandard nicht mehr halten zu können. Im Zusammenhang mit der Verunsicherung vor Eigentumsdelikten sind es die älteren Befragten, die häufiger als die jüngeren Befürchtungen äußern. Insgesamt lässt sich feststellen, dass die jüngere Bevölkerung in erster Linie soziale Ängste äußert, die älteren Befragten hingegen sich eher vor kriminellen Bedrohungen fürchten.

Konkret nach der Einschätzung ihres Sicherheitsempfindens in der Wohnumgebung gefragt, äußerten 75 % der Befragten, dass sie sich in ihrem Wohnquartier ziemlich sicher fühlen. Dabei fühlen sich die befragten Frauen unsicherer als die Männer.

Unsichere Orte außerhalb der Wohnumgebung

Als unsicher werden von den Befragten meist ganze Stadtteile, wie z. B. die Innenstadt, Buntekuh oder Moising, gefolgt von Hauptbahnhof und ZOB, genannt. Dabei wurden nur jene Orte berücksichtigt, die mindestens 30mal von den Befragten benannt wurden. Dass vor allem ganze Stadtteile als verunsichernd beschrieben werden, spricht für diffuse Verunsicherungen, die häufig mit Unvertrautheit und Unkenntnis korrelieren.

Am meistens verunsichert fühlen sich die Befragten durch kursierende Kriminalitätsgeschichten, die mit diesen Orten in Verbindung gebracht werden. Ein weiter häufig genannter Grund sind verdächtige Personen, die sich an diesen Orten aufhalten.

2.3 Viktimisierung

Dieser Abschnitt umfasst die Analyse der individuellen Opfererfahrung der Lübecker Bevölkerung. Ein weiterer Aspekt bezieht sich auf die Explorierung des Dunkelfeldes.

Opfererfahrung der Lübecker Bevölkerung

Insgesamt berichteten 66,2 % der Befragten, dass sie in den letzten drei Jahren mindestens einmal Opfer eines Delikts wurden. Die meisten Lübeckerinnen und Lübecker haben allerdings schon häufiger als einmal eine Straftat in den letzten drei Jahren erlebt. Am häufigsten sind dabei die Erfahrungen mit Diebstahlsdelikten. So sind es 94 % der Viktimisierten, die in den letzten drei Jahren bestohlen wurden.

Der Ort der Opferwerdung, d. h. der Tatort, ist nach Angaben der meisten Befragten die eigene Wohnumgebung. Am zweithöchsten, jedoch erheblich seltener, sind die Befragten in der Innenstadt Opfer eines Delikts geworden. Je jünger die Befragten sind, desto häufiger sind sie in den letzten drei Jahren viktimisiert worden. Zwischen dem Gefühl der Sicherheit und der Opfererfahrung lässt sich ein Zusammenhang ausmachen. Dabei fühlen sich diejenigen unsicherer, die ein Delikt in den letzten drei Jahren erlebt haben. Ebenso haben diejenigen Befragten, die viktimisiert worden sind, größere Befürchtungen, Opfer eines Eigentumsdelikts, einer Körperverletzung oder einer Straftat gegen die sexuelle Selbstbestimmung zu werden.

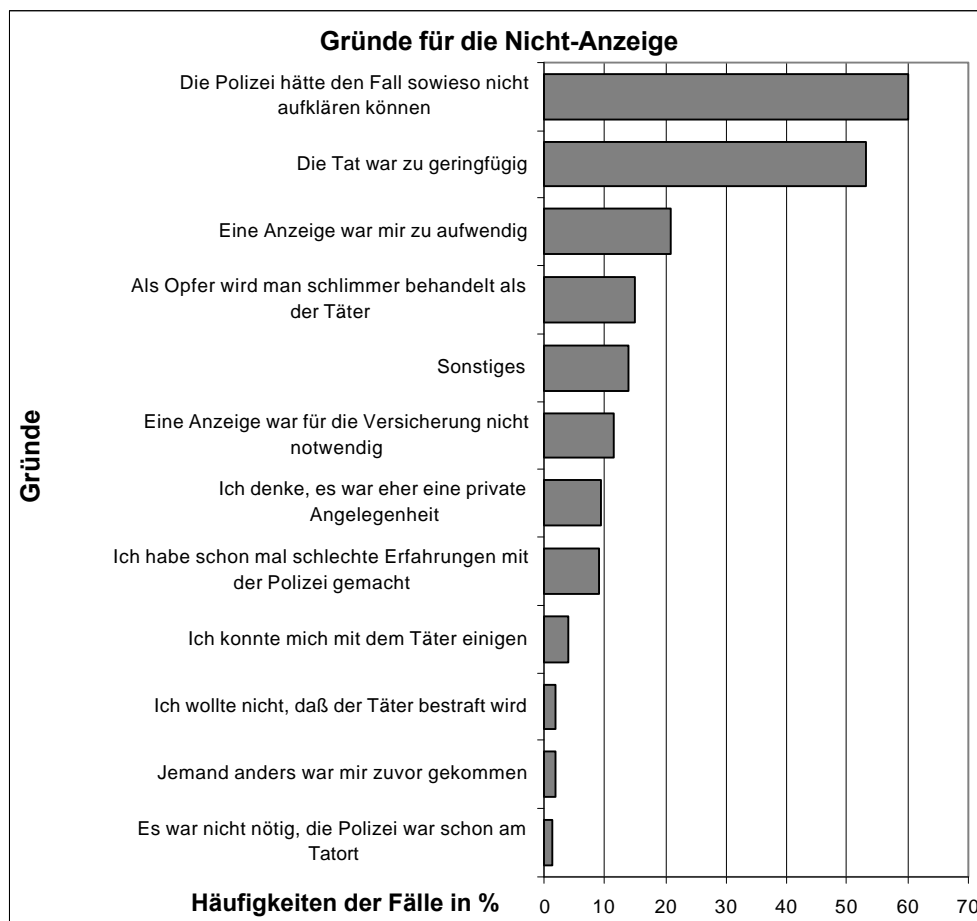
In der kriminologischen Forschung wird zwar davon ausgegangen, dass die Viktimisierung einen Einfluss auf die Furcht hat, jedoch ist die Verunsicherung nicht ausschließlich durch Opferwerdung zu erklären.

Das Anzeigeverhalten der Opfer

Die Opfer haben die erlebten Delikte häufig nicht angezeigt. Insgesamt sind es 63,3 % der Befragten, die ihre Viktimisierung nicht polizeilich haben registrieren lassen.

Am ehesten angezeigt werden von den Befragten Diebstahlsdelikte, insbesondere der Kfz-Diebstahl und Wohnungseinbruch. Dies vor allem deshalb, um versicherungsrechtliche Ansprüche geltend machen zu können. Seltener werden meist Straftaten gegen die körperliche Integrität, insbesondere, wenn es sich um sexualisierte Gewalt bzw. sexuelle Belästigung handelt, angezeigt.

Gründe für die Nicht-Anzeige



Als Gründe für die Nicht-Anzeige geben die Befragten unterschiedliche Aspekte an. Der am häufigsten genannte Grund für eine Nicht-Anzeige ist die Annahme, dass die Polizei den Fall sowieso nicht hätte aufklären können, ein anderer wesentlicher Grund ist die Geringfügigkeit der Straftat und dass sich der Aufwand einer Anzeige nicht lohnen würde.

Dunkelfeldberechnungen für Lübeck insgesamt

Der Dunkelfeldberechnung sei die Aussage der Wissenschaftler vorangestellt, dass sich bei der Berechnung des Dunkelfeldes Verzerrungen ergeben können. Diese Verzerrungen können zum einen aufgrund zeitlicher Inkongruenzen entstehen, da davon auszugehen ist, dass im Einzelfall die Befragten ihre Opfererfahrungen nicht trennscharf datieren können und auch außerhalb des erfragten Zeitraums liegende Delikte mitteilen. Darüber hinaus können auch Verzerrungen im Zusammenhang mit der räumlichen Zuordnung entstehen.

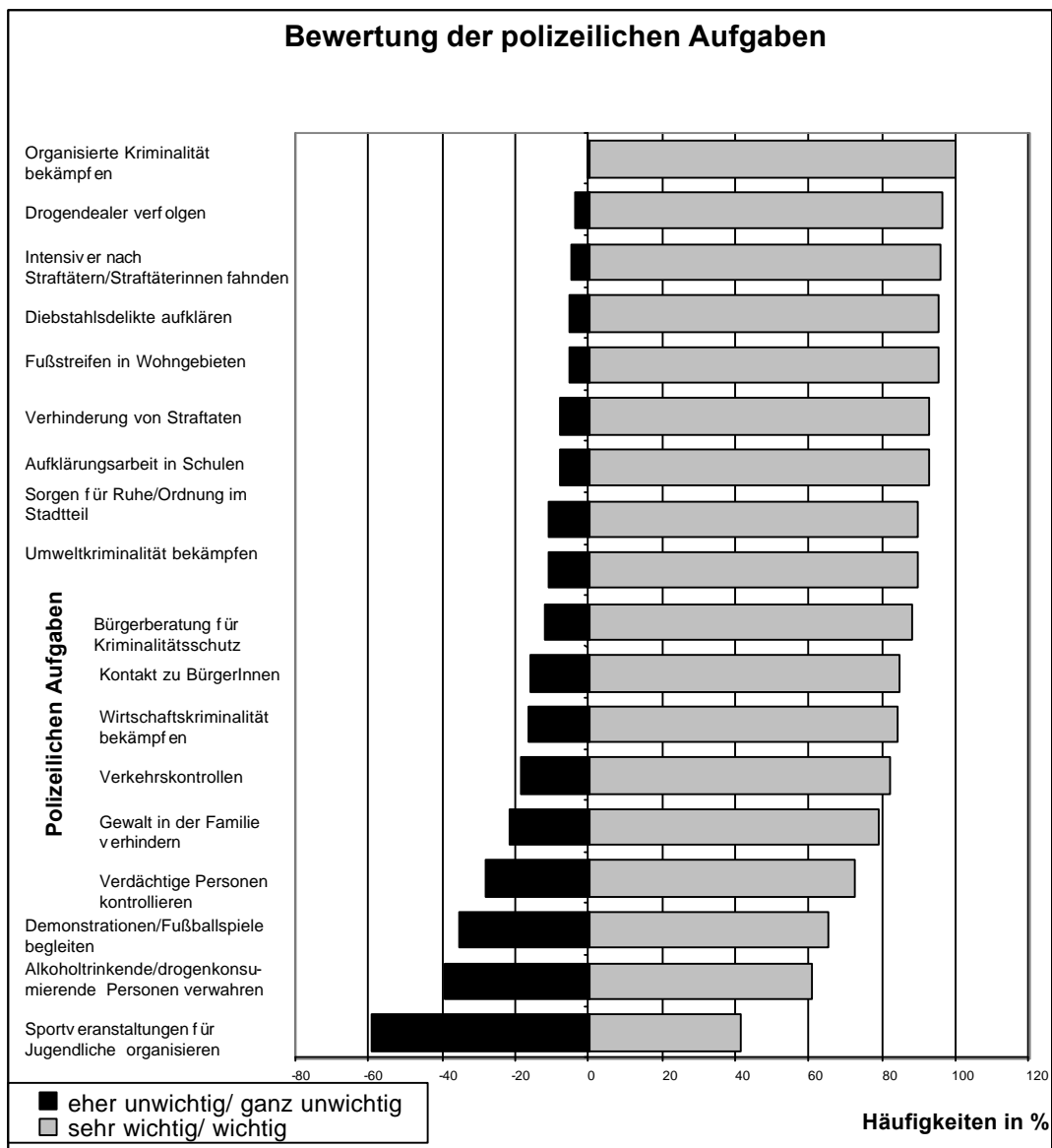
Eine weitere, wesentliche Quelle ergibt sich durch die deliktischen Inkongruenzen. Dies deshalb, da die alltägliche Definition von Straftaten, die die Befragten verwenden, nicht immer kongruent mit der polizeilichen Subsumtion sein muss. Des Weiteren bleibt unbekannt, ob die Stichprobe Viktimisierter anteilig repräsentiert oder eventuell unter- bzw.

überrepräsentiert. Letzteres muss zu einer Überschätzung des Dunkelfeldes führen. Dieses Problem verschärft sich durch die teilweise geringe Zahl der Betroffenen.

Das berechnete Dunkelfeld für Lübeck insgesamt ist für den Diebstahl ohne/unter erschwerenden Umständen von Kraftfahrzeugen am geringsten und in Bezug auf Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung am größten. Vergleicht man diese Dunkelfeldrelationen mit dem aufgeführten deliktischen Anzeigeverhalten, findet dieses Ergebnis Bestätigung, denn die Anzeigebereitschaft ist im Zusammenhang mit Delikten gegen die sexuelle Selbstbestimmung am geringsten und in Bezug auf Kfz-Diebstahl am größten.

2.4 Perspektiven auf die polizeilichen Tätigkeiten

Polizeiliche Aufgaben und deren Bewertung



Die wichtigste Aufgabe, die die Polizei nach Meinung der Lübecker Bevölkerung erfüllen soll, ist mit 99,3 % die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität. An zweiter Stelle rangiert die Verfolgung von Drogendealern und als dritt wichtigste Aufgabe gilt die intensive Fahndung nach Straftäterinnen und Straftätern.

Die unwichtigste polizeiliche Tätigkeit ist danach eindeutig das Organisieren von Sportveranstaltungen für Jugendliche. Diese ist die einzige Aufgabe, die von den Befragten häufiger als unwichtig, denn als wichtig bewertet wird. Auch auf Seiten der eher bedeutungsloseren Polizeiaufgaben steht die Begleitung von Demonstrationen und Fußballspielen sowie das in Gewahrsam nehmen von Alkohol trinkenden und Drogen konsumierenden Personen.

Insgesamt sind es die klassischen reaktiven Maßnahmen, die die Lübeckerinnen und Lübecker von der Polizei fordern. Proaktive Maßnahmen, die im Rahmen der kommunalen Prävention auf andere Lösungsstrategien setzen und sich durch vorzeitiges präventives Handeln auszeichnen, werden von den Befragten weniger gewünscht.

Geschlechtsspezifische Unterschiede zeigen sich darin, dass Frauen die Gewahrsamnahme von Alkohol trinkenden und Drogen konsumierenden Personen deutlich wichtiger ist, als Männern. Ebenso gilt dies für die Kontrolle verdächtiger Personen und die Beratung der Bürger, wie sie sich vor Kriminalität schützen können. Es kann davon ausgegangen werden, dass vor allem die älteren Lübeckerinnen und Lübecker den polizeilichen Aufgaben die größte Bedeutung beimessen. Dabei stehen reaktive Maßnahmen im Vordergrund. Die älteren Befragten wünschen sich eine autoritäre Polizei zum Anfassen. Die jüngsten Befragten (14 – 25 Jahre) dagegen sehen die Verhinderung von Straftaten als wichtige polizeiliche Aufgabe an.

Weitere wichtige polizeiliche Aufgabengebiete aus der Sicht der Befragten

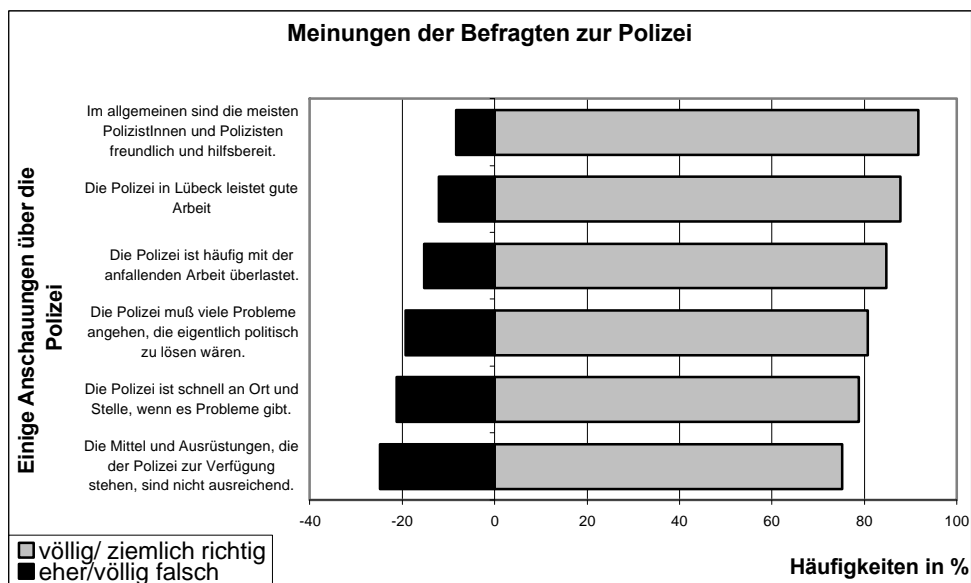
Am häufigsten wird hier die Regelung des Straßenverkehrs in der Hansestadt Lübeck genannt. Gewünscht werden Geschwindigkeitskontrollen in verkehrsberuhigten Zonen, Kontrollen von falsch parkenden Pkw sowie Radfahrerinnen und Radfahrer, die auf den Bürgersteigen und ohne Licht fahren. Dabei wird ein weniger repressives Vorgehen gewünscht. Eine weitere hervorgehobene Aufgabe ist die Präsenz im öffentlichen Raum. Diese wird vor allem an bestimmten Orten und zu bestimmten Zeiten, wie z. B. in Parkhäusern am Abend oder in schlecht beleuchteten Straßen gefordert. Um diese Aufgabe erfüllen zu können, wird vorgeschlagen, dass die Polizei weniger mit Bürotätigkeit belastet werden soll.

Einher geht mit dieser Forderung auch die Kritik, dass zunehmend kleine Polizeidienststellen abgebaut werden. An dritter Stelle werden auch Forderungen gestellt, die sich auf die Art und Weise des Auftretens der Polizei in der Öffentlichkeit und den Umgang mit der Bevölkerung beziehen. Geäußert wird vor allem der Wunsch, dass sich die Beamtinnen und Beamten gegenüber der Wohnbevölkerung freundlicher verhalten und sich mehr Zeit für ihre Probleme

nehmen sollen, um dem Image "Die Polizei – Dein Freund und Helfer" wieder gerecht zu werden.

Einige Befragte nannten als weiteren Aufgabenschwerpunkt die Beseitigung der Situation, die Charakteristiken des urbanen Lebens sind, wie z. B. der öffentliche Konsum von legalen und illegalen Drogen, Müll, Graffiti, frei umherlaufende Hunde, Menschen, die betteln etc. Auch präventive Maßnahmen, wie Aufklärung an Schulen, wurden gewünscht.

Die Einstellung der Bevölkerung zur Polizei



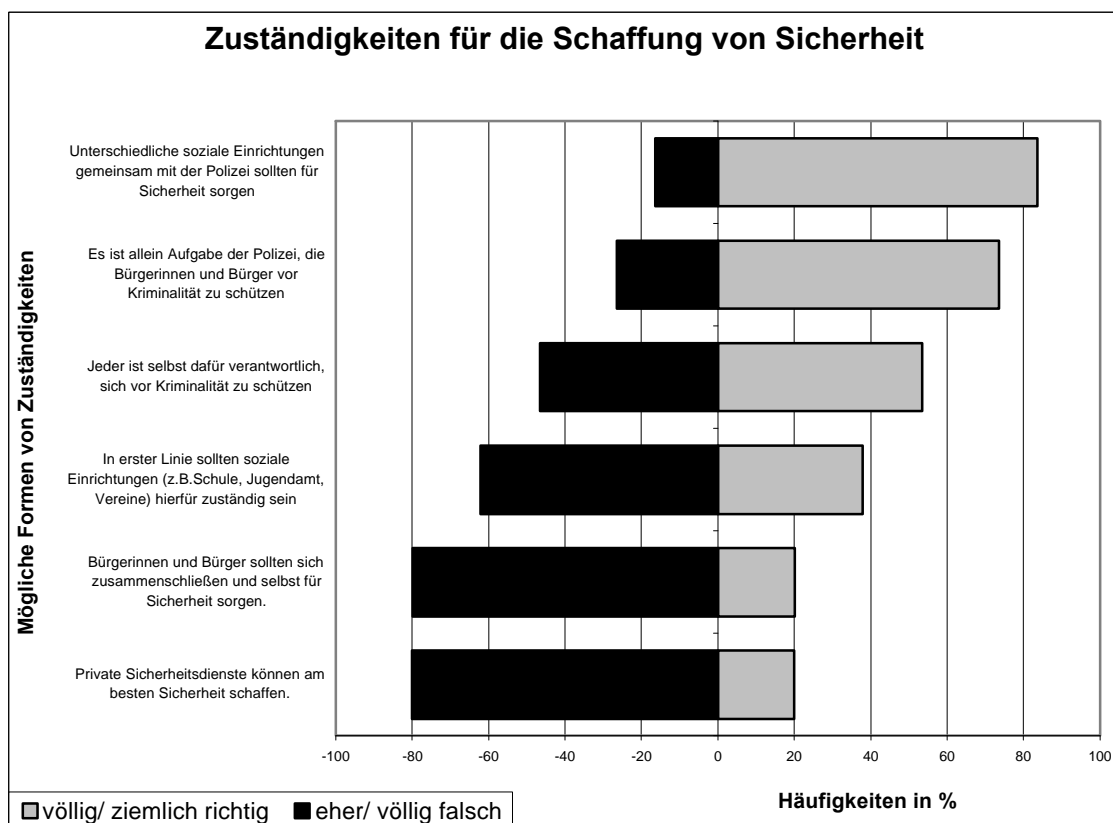
Gegenüber der Polizei ist eine verhältnismäßig hohe Akzeptanz der Lübeckerinnen und Lübecker erkennbar. Insgesamt teilen 91,7 % der Bevölkerung die Meinung, dass es völlig bzw. ziemlich richtig sei, dass die meistens Polizistinnen und Polizisten freundlich und hilfsbereit sind und weitere 87,8 % meinen, dass die Polizei in Lübeck gute Arbeit leistet.

Viele der Befragten - 84,8 % - stimmen der Behauptung zu, dass die Polizei häufig mit der anfallenden Arbeit überlastet sei und sie darüber hinaus auch viele Probleme angehen müsse, die eigentlich politisch zu lösen wären (80,7 %). Möglicherweise ist vor diesem Hintergrund auch zu erklären, dass mit 49,9 % knapp die Hälfte der Befragten der Ansicht ist, dass manche Beamtinnen und Beamten für die polizeiliche Arbeit nicht geeignet seien. Die Polizeibeamtinnen und -beamten müssen offensichtlich Aufgaben übernehmen, für die sie nicht ausgebildet und somit auch nicht geeignet sind. Ca. 75 % der Befragten sind der Ansicht, dass die Mittel und Ausrüstung, die der Polizei zur Verfügung stehen, nicht ausreichend sind.

Die älteren Bewohnerinnen und Bewohner haben im Vergleich zu den jüngeren insgesamt eine positivere Meinung von der Lübecker Polizei. Vergleicht man die Einstellung derjenigen Befragten, die bereits viktimisiert wurden mit denen, die in den letzten drei Jahren keine

Erfahrungen mit Straftaten machten, zeigt sich deutlich, dass die letzteren eine positivere Meinung von der Polizei hegen. Bei dieser Interpretation ist jedoch zu berücksichtigen, dass die meisten Bürgerinnen und Bürger keine konkreten Erfahrungen mit der Polizei gemacht haben. Ist jedoch die Hilfe der Polizei notwendig, handelt es sich stets um Ausnahmesituationen, die in der Regel mit Aufregung und Stress verbunden und somit emotional belastet sind. Die betroffenen Personen fühlen sich meist hilflos, was eine unangenehme Situation darstellt.

Privatisierung oder Kommunalisierung polizeilicher Aufgaben



Die Mehrheit der Befragten (83,7 %) vertritt die Position, dass unterschiedliche soziale Einrichtungen, wie z. B. Schule, Jugendamt und Vereine gemeinsam mit der Polizei für Sicherheit in der Stadt sorgen sollen. Dass soziale Einrichtungen allein für die Schaffung von Sicherheit zuständig sein sollen, wird jedoch von einer deutlichen Mehrheit abgelehnt. In diesem Zusammenhang wird deutlich, dass die Polizei nach wie vor eine wesentliche Rolle für den Schutz der Bürgerinnen und Bürger einnimmt, denn 73,5 % der Lübeckerinnen und Lübecker sehen dies als alleinige Aufgabe der Polizei.

Aus Sicht der Lübeckerinnen und Lübecker sind für die Schaffung von Sicherheit offenbar am wenigsten kommerzielle Sicherheitsdienste geeignet. Insgesamt 80,1 % der Antwortenden geben an, dass es eher bzw. völlig falsch sei, dass Sicherheitsdienste am besten Sicherheit schaffen können. Fast genauso viele Befragte, nämlich 79,8 %, sprechen sich dagegen aus, dass Bürgerinnen und Bürger sich zusammenschließen und selbst für Sicherheit sorgen sollen.

Dabei sind es mehr Frauen, die diese Aussage mit völlig bzw. ziemlich richtig beantworten. Mit steigendem Alter wird zunehmend der Position zugestimmt, dass es alleine Aufgabe der Polizei sei, die Bürgerinnen und Bürger vor Kriminalität zu schützen.

2.5 Lübeck und seine Stadtteile

Untersucht wurden in diesem Kapitel die zehn Lübecker Stadtteile. Dabei orientiert sich die Untersuchung entlang unterschiedlicher Themenkomplexe, wie die Wohn- und Lebenssituation, die Einschätzung der Kriminalitätsentwicklung, das subjektive Sicherheitsbefinden und die Wahrnehmung polizeilicher Präsenz. Die Mehrzahl der Befragten, und zwar knapp 40 %, lebt bereits seit über 20 Jahren in ihrem Stadtteil. Dabei ist das familiäre Zusammenleben das übliche Lebenskonzept. 80,5 % der Bevölkerung geben an, nicht allein zu wohnen. Kinder haben allerdings nur 35 % der Antwortenden. Des Weiteren sind die meisten der befragten Bewohnerinnen und Bewohner berufstätig, jedoch befindet sich ein weiterer, größerer Teil bereits im Rentenalter.

Situationsbeschreibung für die Hansestadt Lübeck (1999)

Die Lübecker Innenstadt gehört zum Weltkulturerbe der UNESCO. Die Einwohnerzahl Lübecks beträgt ausweislich statistischer Angaben 216.760. Lübeck gliedert sich in zehn Stadtteile:

Stadtteil	Häufigkeitszahl ¹⁾ 1999	Fläche (qkm)	Einwohner	Ausländeranteil	Besonderheit
Innenstadt	50111,89	3,5	13.193	15,6 %	Offene Drogenszene, Bordelle
Buntekuh	13078,22	4,87	11.758	15,6 %	Gewerbegebiet mit Großkaufhäusern, Wohnquartier Hudekamp mit Arbeitslosenquote von ca. 50 %
St. Lorenz Nord	13458,61	27,94	41.349	10,9 %	Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber, Fußballstadion VfB Lübeck
St. Lorenz Süd	13006,91	2,92	15.806	12,3 %	Bahnhof, Zentraler Omnibus-Bahnhof
Travemünde	11348,28	40,5	13.239	5,0 %	Fährhafen, Ostseebad, Casino
Schlutup	6257,24	8,63	6.967	7,1 %	Hohe Verkehrsbelastung infolge der Grenzöffnung nach Mecklenburg-Vorpommern
Kücknitz	6450,18	25,35	19.881	10 %	Neubaugebiet in mehrgeschossiger Bauweise
St. Gertrud	7634,25	26,9	42.469	6,5 %	JVA
Moisling	7955,94	34,3	12.297	14,0 %	Großwohnanlagen
St. Jürgen	9010,62	41,58	39.368	4,6 %	Flughafen Blankensee

¹⁾ Straftaten je 100.000 Einwohner

Die Wohn- und Lebenssituation in den Stadtteilen

Zu den wesentlichsten, in den jeweiligen Stadtteilen positiv hervorgehobenen, sozialen und infrastrukturellen Gegebenheiten gehören eindeutig die Bus- und Bahnanbindungen, die gute Luftqualität, das viele Grün in der näheren Umgebung sowie die Einkaufsmöglichkeiten. Die Gegebenheiten, die von den Bewohnerinnen und Bewohnern eher als nachteilig wahrgenommen werden, sind sehr vielschichtig. Am häufigsten werden die Angebote an Gaststätten und Lokalen als unzureichend eingestuft; einzige Ausnahme stellt hierbei die Innenstadt dar. Darüber hinaus sind es die Erlebnisangebote für Jugendliche und die Spielmöglichkeiten für Kinder, die von der Bewohnerschaft der meisten Stadtteile, insbesondere von Frauen und jüngeren Befragten, als ungenügend bewertet werden.

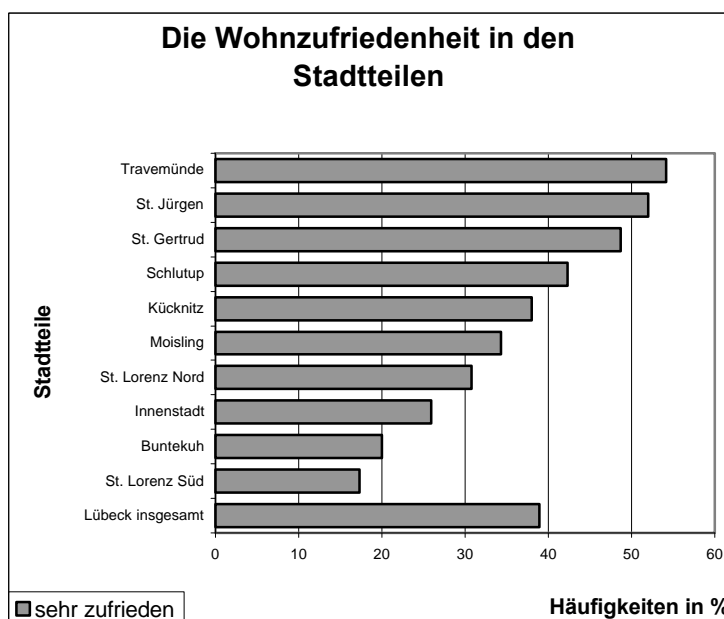
Zu den Defiziten gehört ferner das mangelhafte Angebot an Beratungseinrichtungen sowie der Straßenverkehr, der insbesondere mit der offenen Frage "Was stört Sie an Ihrer Wohnumgebung am meisten?" genannt wird. Am seltensten nennen die Bewohnerinnen und Bewohner aus den Stadtteilen St. Jürgen, St. Gertrud und Travemünde defizitäre Aspekte.

Müll und andere Erscheinungen im öffentlichen Raum

Es sind vor allem der Schmutz und der Hundekot auf den Straßen und in den Grünanlagen sowie die undisziplinierten Verhaltensweisen von Autofahrerinnen und Autofahrern, die als störend wahrgenommen werden.

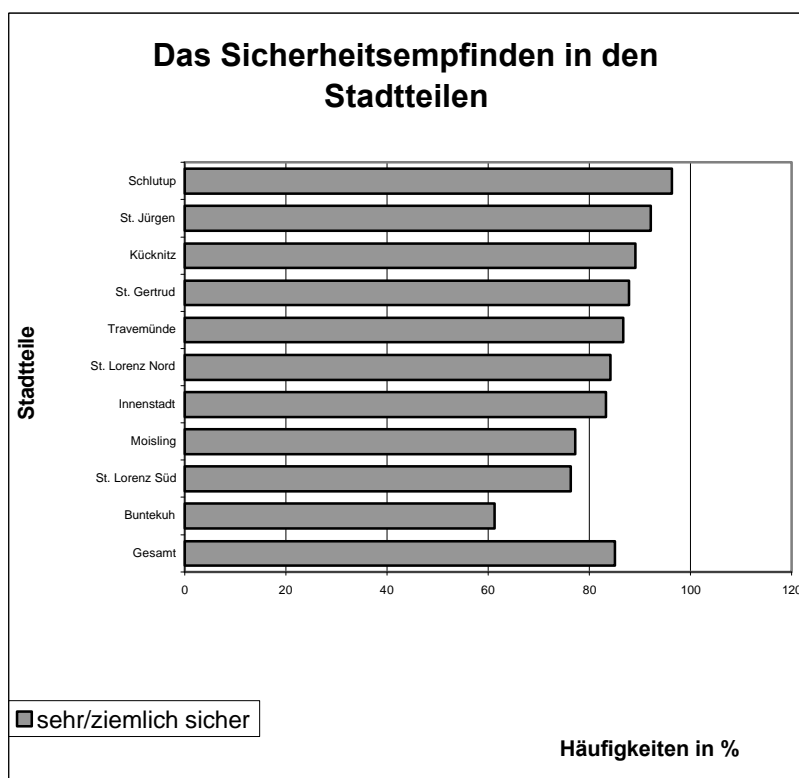
Vor allem die Befragten aus den Stadtteilen Buntekuh, St. Lorenz Süd und Kücknitz geben an, Probleme mit Schmutz, Müll und Hundekot zu haben.

Die Wohnzufriedenheit in den Stadtteilen



Die größte Zufriedenheit mit ihrem Stadtteil geben die Bewohnerinnen und Bewohner aus Travemünde an, aber auch die Befragten aus St. Jürgen und St. Gertrud geben eine ähnlich große Zufriedenheit wieder. Am wenigsten ist die Bewohnerschaft aus St. Lorenz Süd und Buntekuh mit ihrem Wohnquartier zufrieden. Das Wohlbefinden in dem eigenen Wohnquartier nimmt mit steigendem Alter deutlich zu. Je länger die Befragten in ihrem Stadtteil wohnen, desto höher ist die Zufriedenheit. Dass die sozialen und infrastrukturellen Gegebenheiten und die Erscheinungen im öffentlichen Raum die Wohnzufriedenheit beeinflussen, bestätigt sich auch im Gesamtblick aller Befragten.

Das Sicherheitsempfinden in den Stadtteilen



Insgesamt gesehen ist das Sicherheitsempfinden in den Stadtteilen sehr hoch. Es sind über 80 % der Befragten, die sich in ihrer Wohnumgebung sehr bzw. ziemlich sicher fühlen. Am sichersten fühlen sich die Bewohnerinnen und Bewohner aus dem Stadtteil Schlutup. Größte Verunsicherung äußern die Befragten, die im Stadtteil Buntekuh wohnen. Das Sicherheitsempfinden folgt damit weitestgehend der objektiven Kriminalitätslage, nach der die Häufigkeitszahl im Stadtteil Schlutup, d. h. die Zahl der Straftaten auf jeweils 100.000 Einwohner im Vergleich der Stadtteile, am geringsten ausfällt. Der Stadtteil Buntekuh nimmt im Vergleich der Häufigkeitszahlen der Stadtteile einen negativen oberen Rang ein. Besonders erfreulich ist die starke Zunahme des Sicherheitsgefühls in Lübeck-Moisling von 58 % auf 77,1 %.

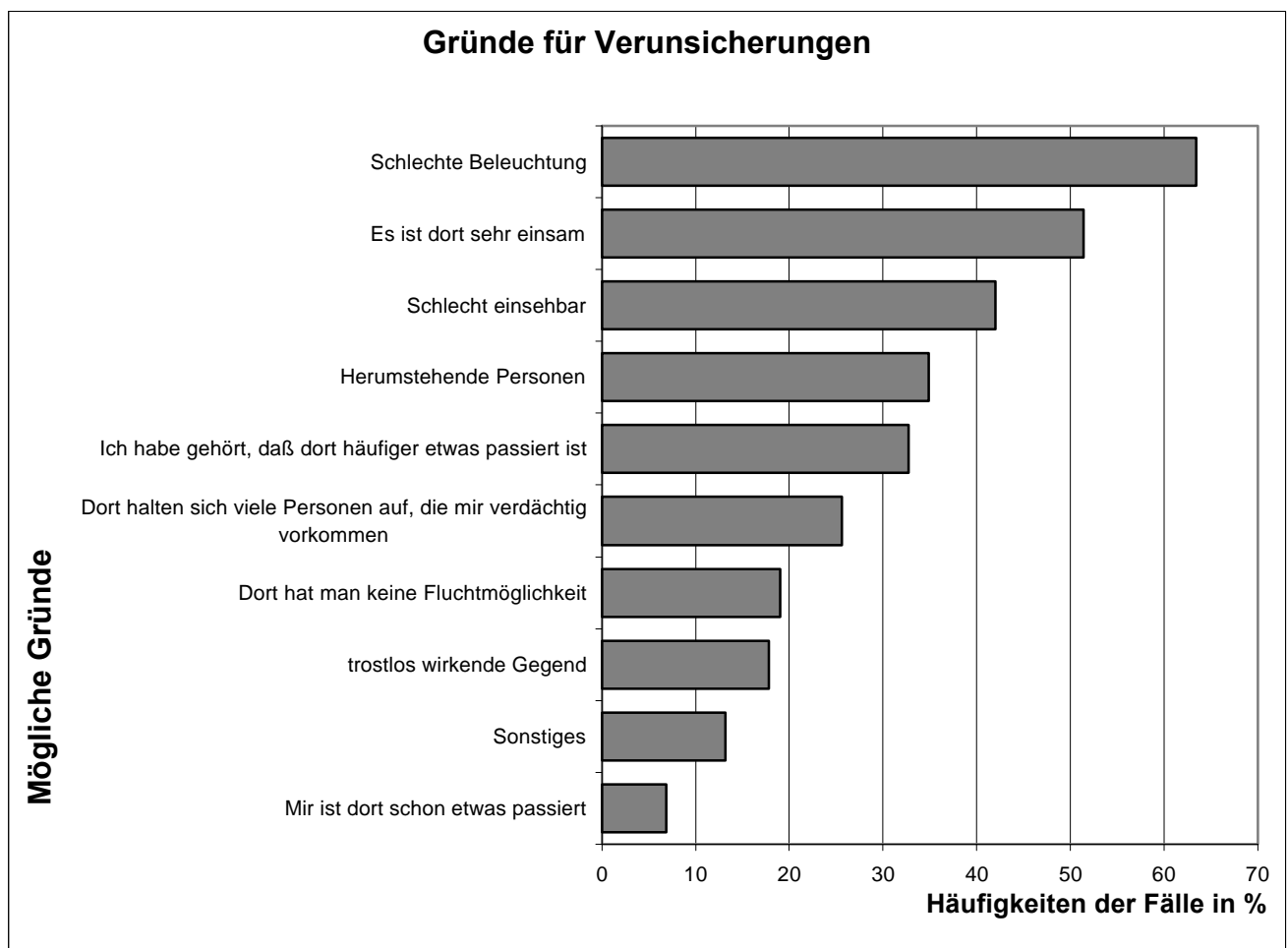
Es zeigt sich deutlich, dass das Sicherheitsgefühl mit der Wohnzufriedenheit korreliert. Je zufriedener die Befragten sind, um so sicherer fühlen sie sich in ihrem Stadtteil. Je mehr Erscheinungen im Stadtteil als Problem wahrgenommen werden, desto größer sind auch die

Verunsicherungen. Das Sicherheitsempfinden wird auch durch Aspekte des sozialen Zusammenlebens beeinflusst.

Die Orte und Ursachen der Verunsicherungen im Stadtteil

Geographisch verortet werden die Unsicherheiten – betrachtet man alle Stadtteile in der Gesamtschau – mehrheitlich in Parks bzw. Grünanlagen und bestimmten Straßen im eigenen Wohngebiet. Die genannten unsicheren Orte vor der eigenen Haustür haben dabei in der Regel mit tatsächlichen Erfahrungen zu tun. Die Angaben zu den Orten außerhalb der Wohnquartiere entstehen meist durch den öffentlichen Diskurs über vermeintliche Gefährlichkeiten.

Gründe für Verunsicherung



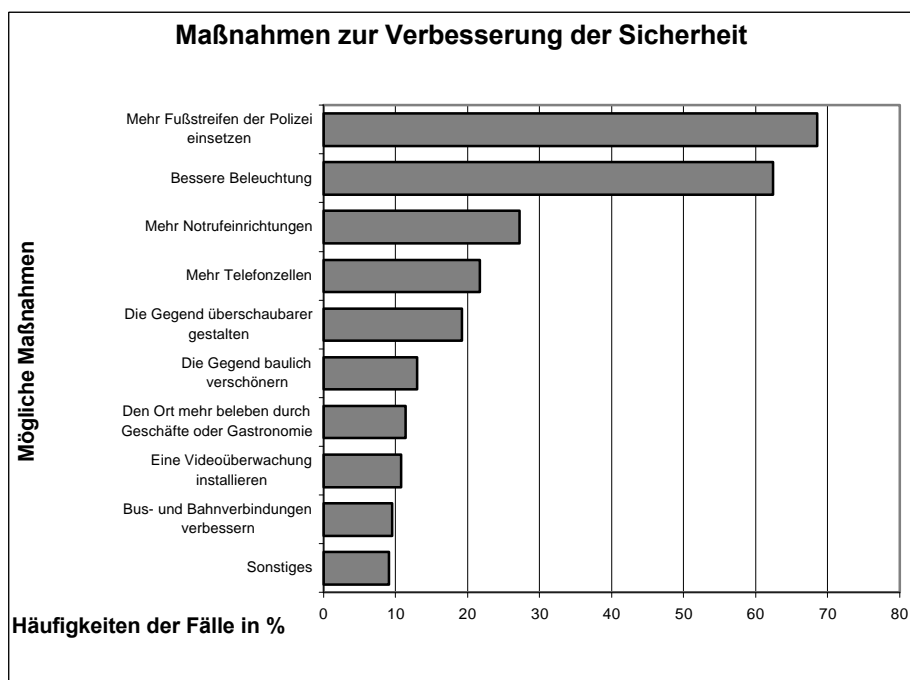
Betrachtet man die drei in den jeweiligen Stadtteilen am häufigsten genannten Gründe für die Verunsicherung, so wird an erster Stelle die schlechte Beleuchtung, an zweiter Stelle die Einsamkeit und an dritter Stelle die schlechte Einsehbarkeit an den angegebenen Orten genannt.

Die räumliche Verortung von Unsicherheiten in den Stadtteilen im Einzelnen

Es werden immer nur die am häufigsten genannten Straßen oder Örtlichkeiten aufgezählt.

Innenstadt:	Kanalstraße, Glockengießerstraße und An der Untertrave
St. Jürgen:	Parks und Grünanlagen, Kronsfordter Allee, Weberkoppel, Mönkhofer Weg, Vorrader Straße, Dorfstraße
Moisling:	Moislinger Mühlenweg und Straßen in der Märchensiedlung
Buntekuh:	Hudekamp, Ziegelstraße, Karavellenstraße und Fregattenstraße
St.Lorenz Süd:	Orte für Freizeitaktivitäten, wie z. B. Diskothek, Spielplätze oder Tennisanlagen, Haltestellen des ÖPNV, Dornestraße, Hansestraße
St. Lorenz Nord:	Steinrader Weg, Vorwerker Straße, Friedhofsallee und die Straßen im Musikerviertel
St. Gertrud:	Meesenring, Arnimstraße und der Behaimring
Schlutup:	Speckmoorstraße
Kücknitz:	Ostpreußenring, Rangenberg, Rehsprung, Tilsitstraße sowie Unter der Herrenbrücke
Travemünde:	Nordmeerstraße

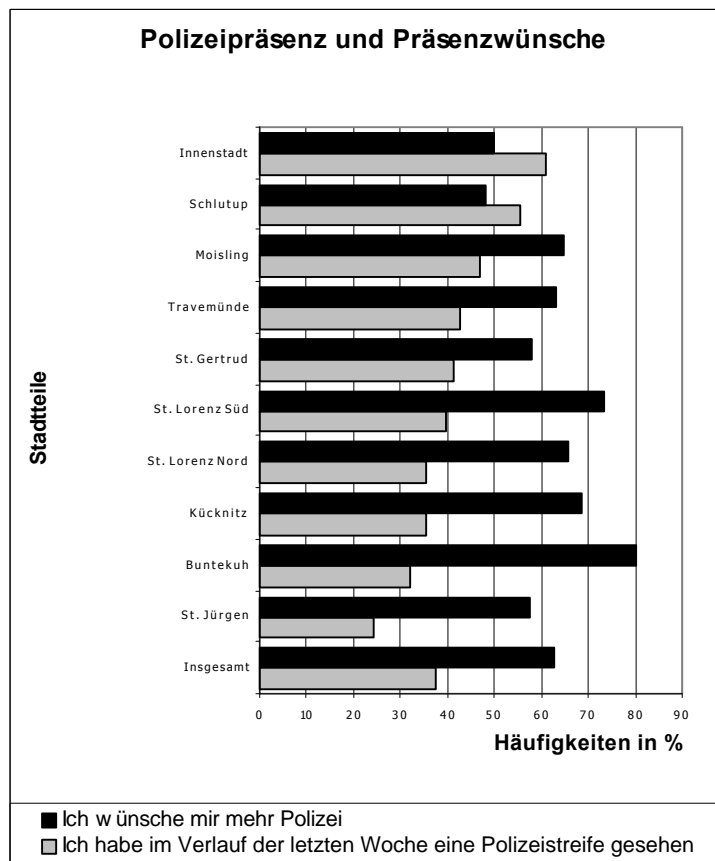
Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit



Die eindeutig am häufigsten gewünschte Maßnahme zur Verbesserung der Sicherheit ist mehr polizeiliche Präsenz – konkret mehr Fußstreifen. An zweiter Stelle steht die Forderung, diese Orte hinreichend zu beleuchten, was zur Verbesserung der eigenen Kontroll- und

Handlungsmöglichkeit beitragen würde. Ein wenig auffallend ist, dass der Wunsch nach Videoüberwachung an den genannten unsicheren Orten verhältnismäßig gering ausfällt.

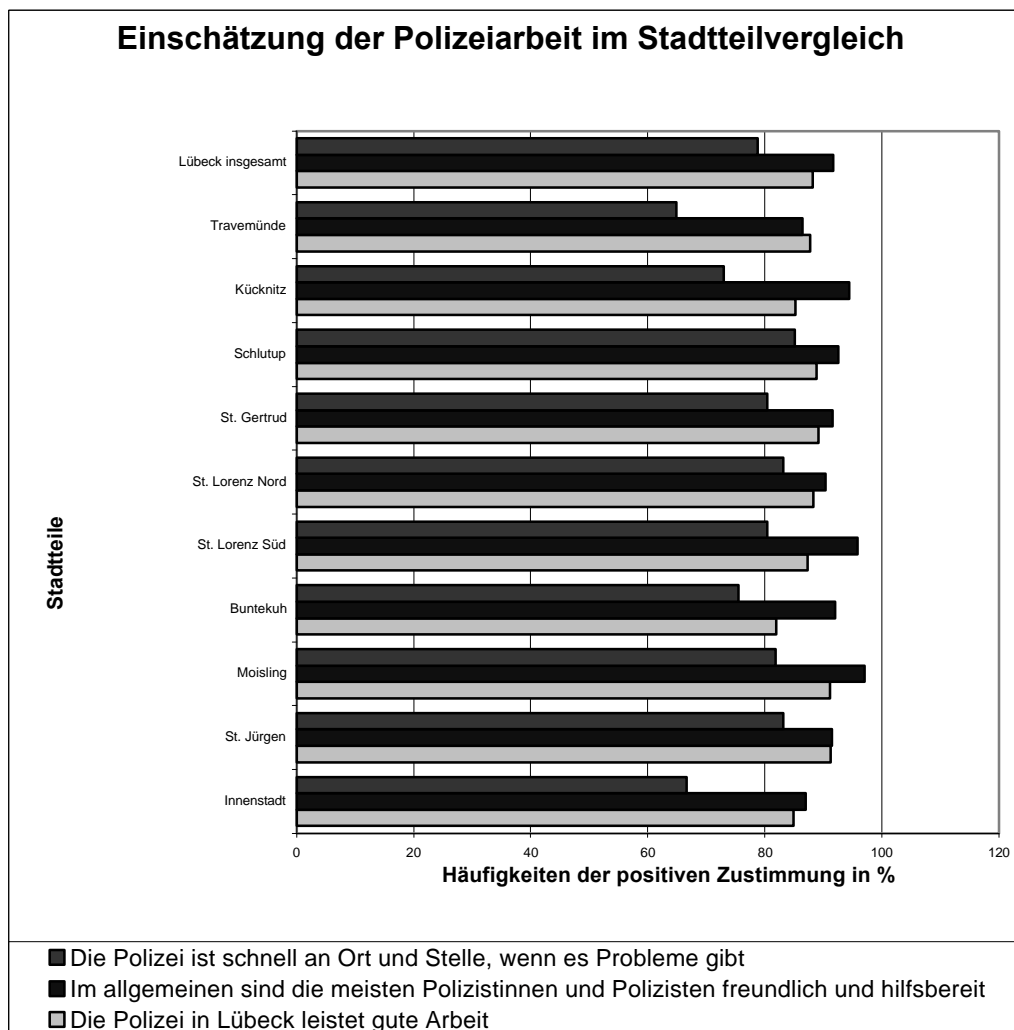
Polizeipräsenz und Präsenzwünsche



Je seltener die Befragten eine Polizeistreife in ihrem Wohnquartier gesehen haben, desto höher fällt der Wunsch nach mehr Polizeipräsenz aus. So wünschen sich am häufigsten die Bewohner von Buntekuh mehr Polizeipräsenz, gefolgt von den Bewohnern in St. Lorenz Süd und Kücknitz. Insgesamt spiegelt sich bei den Antworten eine sehr positive Einstellung gegenüber der polizeilichen Arbeit wider. Vor allem wird die Polizei als freundlich und hilfsbereit angesehen und dies ganz besonders in dem Stadtteil Moisling. Hier bestätigen dies die Bewohnerinnen und Bewohner zu 97,1 %.

Am wenigsten teilen dies die Befragten aus Travemünde. Sie stimmen dieser Aussage nur zu 86,4 % zu. Ebenso ist es die Wohnbevölkerung aus Travemünde, die am wenigsten der Ansicht ist, dass die Polizei schnell an Ort und Stelle ist, wenn es Probleme gibt. Dieser Behauptung stimmen nur 65 % der Antwortenden zu. Ganz im Gegensatz zu den Bewohnerinnen und Bewohnern aus Schlutup. Sie bejahen dies mit 85,2 % am häufigsten.

Dass die Polizei gute Arbeit in Lübeck leiste, äußern vor allem die Befragten aus St. Jürgen und aus Moisling. Am seltensten teilt die Bewohnerschaft aus Buntekuh diese Meinung.



Vorschläge zur Verbesserung der Lebensqualität in den Stadtteilen

Die Befragten nennen weniger Maßnahmen, die die soziale oder infrastrukturelle Situation im Wohnquartier betreffen, sondern äußern eher den Wunsch nach mehr polizeilichen Kontrollen. Am häufigsten wird dies von den Befragten in den Stadtteilen Moisling und Buntekuh formuliert. An zweiter Stelle steht die Forderung, die nähere Wohnumgebung durch mehr Beleuchtung übersichtlicher zu gestalten. Ein Wunsch, der vor allem von den Bewohnerinnen und Bewohnern der Innenstadt genannt wird.

2.6 Der Kriminalpräventive Rat

Der Kriminalpräventive Rat existiert seit 1992 in der Hansestadt Lübeck. Er wurde als Ergebnis der Kriminologischen Regionalanalyse gegründet. Seit dieser Zeit wurden unterschiedliche Projekte und Arbeitsgruppen, die sowohl stadtteil- als auch themenbezogen agieren, zur Verbesserung der Sicherheit und Lebensqualität in Lübeck gegründet. 83,9 % der

Befragten gaben an, dass sie den Kriminalpräventiven Rat der Hansestadt Lübeck nicht kennen. Insgesamt bewerten die Befragten die Aktivitäten des Rates als sehr positiv.

Zu den drei am wichtigsten eingeschätzten Maßnahmen gehören deutlich die Aufklärungsarbeiten über Kriminalität und Drogen in den Schulen, Freizeitangebote für Jugendliche und Hilfen für Drogenabhängige. Als verhältnismäßig nicht so wichtig sehen die Lübeckerinnen und Lübecker das Angebot an Midnight-Streetballturnieren und Sportveranstaltungen, Stadtteilinitiativen mit Runden Tischen sowie Selbstbehauptungskurse für Frauen an. Es sind meistens die befragten Frauen, die im Vergleich zu den Männern die Maßnahmen des Kriminalpräventiven Rates als wichtiger bewerten.

Als weitere wichtige Maßnahmen des Kriminalpräventiven Rates werden von den Lübeckerinnen und Lübeckern Wünsche bezüglich der Verbesserung der Freizeitangebote und der Betreuungsarbeit für Kinder und Jugendliche geäußert.

2.7 Die Sicherheitsanalyse 2000 im Vergleich zur Kriminologischen Regionalanalyse 1991

Ein wesentliches Ziel der Untersuchung war es, die Ergebnisse der Sicherheitsanalyse 2000 mit denen der Kriminologischen Regionalanalyse für Lübeck von 1991 zu vergleichen. Ein Vergleich ermöglicht eventuell Rückschlüsse auf die Qualität der Arbeit des Kriminalpräventiven Rates sowie auf die Richtigkeit polizeilicher Schwerpunktsetzung. Sie bietet somit Möglichkeiten zur Evaluierung der Arbeit. Darüber hinaus lassen sich Veränderungen des Sicherheitsempfindens und der Einstellung zur Polizei ausmachen.

Kriminalitätsbekämpfung als staatliche Aufgabe

Obgleich die Kriminalitätsbekämpfung sowohl in der Kriminologischen Regionalanalyse als auch in der Sicherheitsanalyse 2000 jeweils den zweiten Rangplatz einnimmt, hat sich dennoch der prozentuelle Abstand zur wichtigsten politischen Aufgabe verändert. In der Regionalanalyse von 1991 lag die Bekämpfung der Kriminalität mit 22,5 % direkt hinter dem erstgenannten Problem der Bekämpfung der Umweltverschmutzung, die von 22,6 % erwähnt wurde. In der aktuellen Untersuchung rangiert die Bekämpfung der Kriminalität mit 20,5 % deutlich hinter dem ersten Platz, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die von 33,8 % der Befragten als wichtigste gesellschaftliche Aufgabe angegeben wird.

Die Einschätzung der Kriminalitätsentwicklung in den letzten zehn Jahren

1991 gaben 92,1 % der Antwortenden an, dass nach ihrer Meinung die Kriminalität angestiegen war. Gegenwärtig sind es insgesamt 75,1 % der Lübecker Bevölkerung, die die Ansicht äußern, dass die Kriminalität in den letzten zehn Jahren gestiegen sei.

Opferwerdung

Von Viktimisierungserfahrung berichteten 1991 insgesamt 54,8 % der Befragten, in der gegenwärtigen Untersuchung sind es 66,2 %. Diese Differenz erklärt sich vor allen Dingen aufgrund der unterschiedlichen Zeitspanne. Bei der 1991er-Untersuchung bezog sich die Befragung auf die letzten 12 Monate, bei der Untersuchung für 2000 betrug diese Zeitspanne drei Jahre. Entsprechend kann nicht von einem Anstieg der Opferwerdung in Lübeck gesprochen werden. Ebenfalls wie in der Regionalanalyse 1991 nimmt auch in dieser Untersuchung - betrachtet man die Häufigkeitsverteilung - die Sachbeschädigung den ersten Rangplatz ein. An zweiter und dritter Stelle rangierten in der vergangenen Analyse die sexuelle Belästigung und der Diebstahl in/aus Kfz. Im Vergleich sind es in der 2000er-Studie zum einen der Diebstahl in/aus dem Kfz und zum anderen der Fahrraddiebstahl. Die sexuelle Belästigung folgt erst an sechster Stelle.

Das Anzeigeverhalten

Haben in der Regionalanalyse 1991 60,8 % der Befragten angegeben, dass sie die erlebte Straftat nicht zur Anzeige gebracht haben, sind es in der jetzigen Analyse mit 63,3 % geringfügig mehr.

Die zwei am häufigsten genannten Gründe für die Nicht-Anzeige waren in der Regionalanalyse 1991 erstens, dass die Polizei in solchen Fällen doch nichts herausbekommen hätte, zum anderen wurde nicht angezeigt, weil die Taten als nicht so schwerwiegend angesehen wurden. Dieses Ergebnis entspricht proportional annähernd den Angaben der Befragten der jetzigen Untersuchung, denn am häufigsten wird auch hier der Grund genannt, dass die Polizei den Fall sowieso nicht hätte aufklären können. An zweiter und dritter Stelle wird zum einen angegeben, dass die Tat zu geringfügig war, zum anderen, dass eine Anzeige zu aufwendig sei.

Das Ansehen der Polizei in Lübeck

Die Analyse 1991 stellte eine sehr positive Grundstimmung zugunsten der Lübecker Polizei fest, denn die Frage, ob die Lübecker Polizei im Großen und Ganzen gute Arbeit leiste, wurde von 94,6 % der Befragten mit völlig bzw. ziemlich richtig beantwortet. Die gegenwärtige Untersuchung weist eine ähnlich positive Grundstimmung der Lübeckerinnen und Lübecker aus. Allerdings fällt der Zufriedenheitswert etwas geringer aus. Es sind insgesamt 87,8 % der Antwortenden, die diese These mit völlig bzw. ziemlich richtig bestätigen. In der aktuellen Untersuchung sind zudem die Befragten mehr denn damals der Ansicht (um 11,9 % häufiger), dass die Polizei für Aufgaben zuständig ist, die eher politisch zu lösen sind. Darüber hinaus vertritt die Lübecker Einwohnerschaft heute vermehrt die Position, dass die Polizei nicht die wesentlichen Verbrechen verfolge, sondern sich vielmehr um unbedeutendere Delikte bemühe.

Die wesentlichen Aufgaben der Polizei

1991 waren es im Wesentlichen die Aspekte der polizeilichen Strafverfolgung, die von den Befragten am wichtigsten eingeschätzt wurden. Dieses Ergebnis findet sich in ähnlicher Weise in der aktuellen Untersuchung wieder, denn als wichtigste polizeiliche Aufgabe wird die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität von den Lübeckern gesehen, die in der vergangenen Studie im Kontext der speziellen Aufgaben ebenso weit oben rangiert. Eine weitere Übereinstimmung zeigt sich darin, dass weiterhin eher repressiv ausgerichtete polizeiliche Aufgaben von der Bevölkerung als wichtig eingeschätzt werden, denn auch in der gegenwärtigen Befragung nimmt die intensivere Fahndung nach Straftäterinnen und Straftätern einen wichtigen Stellenwert ein. An Bedeutung abgenommen haben allerdings Aufgaben, wie die Bekämpfung der Wirtschafts- und Umweltkriminalität.

Die Einschätzung der polizeilichen Präsenz

1991 gaben über ein Drittel der Befragten an, dass sie fast täglich eine Polizeistreife in ihrer Wohngegend sehen. Heute sind es nur noch 16,8 %. Entsprechend ist die Wahrnehmung der Polizei im öffentlichen Raum in den letzten zehn Jahren deutlich gesunken. Deshalb verwundert es nicht, dass der Wunsch nach mehr Polizeipräsenz deutlich gestiegen ist. 1991 hielten 54,5 % der Befragten die Präsenz der Polizei noch für ausreichend und es haben sich lediglich 44,8 % der Antwortenden mehr polizeiliche Sichtbarkeit gewünscht. In der 2000er-Studie sind es 63,1 % der Bewohnerinnen und Bewohner, die sich vermehrte Anwesenheit wünschen.

Das Sicherheitsempfinden

Das Sicherheitsgefühl der Lübecker Bevölkerung hat sich von 82,5 % auf 85,2 % erhöht. Bezogen auf die einzelnen Stadtteile ergibt sich folgendes Bild:

	Sicherheitsgefühl / Häufigkeitszahl*					
	1991			2000		
Stadtteile	sicher	unsicher	Häufigkz.	sicher	unsicher	Häufigkz.**
Innenstadt	74,0 %	26,0 %	71010,44	83,3 %	16,7 %	50111,89
St. Jürgen	90,0 %	10,0 %	9624,81	92,0 %	8,0 %	9010,62
Moisling	58,0 %	42,0 %	12164,50	77,1 %	22,9 %	7955,94
Buntekuh	58,0 %	43,0 %	16113,97	61,3 %	38,7 %	13078,22
St. Lorenz Süd	72,0 %	28,0 %	17925,97	76,3 %	23,7 %	13006,91
St. Lorenz Nord	84,0 %	16,0 %	10699,14	84,2 %	15,8 %	13458,61
St. Gertrud	89,1 %	10,9 %	10487,34	87,8 %	12,2 %	7634,25
Schlutup	100,0 %	0,0 %	8567,26	96,3 %	3,7 %	6257,24
Kücknitz	89,0 %	11,0 %	10190,45	89,1 %	10,9 %	6450,18
Travemünde	91,0 %	9,0 %	12493,61	86,6 %	13,4 %	11348,28

* Zahl der Straftaten je 100.000 Einwohner

**Häufigkeitszahl von 1999

Im Überblick wird ersichtlich, dass das Sicherheitsempfinden in den einzelnen Stadtteilen nahezu immer gleich hoch und bei einigen Stadtteilen sogar teilweise erheblich gestiegen ist. Dies zeigt sich besonders deutlich im Stadtteil Moisling, in dem der Kriminalpräventive Rat in den vergangenen Jahren besonders aktiv war. Hier stieg das Sicherheitsgefühl von 58 % im Jahre 1991 auf 77,1 % im Jahre 2000. Minimal verschlechtert hat sich das Sicherheitsgefühl in den Stadtteilen St. Gertrud, Schlutup und Travemünde. Aufgrund der geringen Fallzahlen in den Stadtteilen könnte dieses Ergebnis zufälliger Natur sein.

Im Vergleich zu 1991 ist nach wie vor das Sicherheitsgefühl in Lübeck-Buntekuh mit 58 % (1991) und 61,3 im Jahr 2000 am geringsten ausgeprägt.

2.8 Gegenüberstellung der wesentlichen Ergebnisse mit den Resultaten vergleichbarer Sicherheitsanalysen / Bevölkerungsbefragungen

Insbesondere bezieht sich der Vergleich auf eine Studie der Universität Hamburg mit dem Titel "Politik der Lebensführung, privater Schutz vor Viktimisierung und die Individualisierung der Sicherheitspolitik", die annähernd zeitgleich zur Lübecker Sicherheitsanalyse durchgeführt worden ist. Dabei handelt es sich um eine bundesweite, repräsentative Telefonbefragung. Verglichen wurden Daten aus Lübeck mit Daten aus der Bundesrepublik insgesamt, Schleswig-Holstein und Städten der Bundesrepublik mit einer ähnlichen Einwohnerzahl. Darüber hinaus sind die Aussagen der Replikationsstudie "Sicherheitsgefühl, Polizeiakzeptanz und Kriminalitätsbewertung" des Bundeskriminalamtes von 1999 ausgewertet und verglichen worden.

Einschätzung der Kriminalitätsentwicklung in den letzten zehn Jahren im überregionalen Vergleich

Es wird deutlich, dass die Lübecker Bevölkerung im überregionalen Vergleich geringfügig seltener davon ausgeht, dass die Kriminalität in den letzten zehn Jahren gestiegen ist. Am ehesten vermutet die Bevölkerung aus Schleswig-Holstein insgesamt eine Kriminalitätssteigerung.

Ausprägung der Verunsicherungen

Bei der Frage nach Bedrohungsängsten aufgrund krimineller Gefährdungen oder anderen persönlichen Schicksalsschlägen fühlt sich die Lübecker Bevölkerung im überregionalen Vergleich sichtlich weniger gefährdet und dies sowohl im Zusammenhang mit kriminellen Bedrohungen als auch anderen persönlichen Schicksalsschlägen. Einzig im Zusammenhang mit den Ängsten vor Eigentumsdelikten nehmen die Lübeckerinnen und Lübecker den ersten Rangplatz ein. Das Sicherheitsempfinden der Lübecker Bürgerinnen und Bürger in der

unmittelbaren Wohnumgebung stellt sich so dar, dass sich die Lübecker Bevölkerung im Verhältnis zu den anderen Vergleichsgruppen in Schleswig-Holstein, der Bundesrepublik Deutschland und insgesamt den Städten mit 100.000 bis 500.000 Einwohnern in ihrer unmittelbaren Wohnumgebung unsicherer fühlt. Möglicherweise handelt es sich jedoch hierbei um ein methodisches Problem, denn die Untersuchung überrepräsentiert diejenigen, die sich in der Wohnumgebung unsicherer fühlen. Die Ergebnisse der "Sicherheitsanalyse Lübeck 2000" stehen hinsichtlich des Sicherheitsgefühls im Einklang mit der Bundeskriminalamt-Studie. Demnach ist auch bundesweit von einem gestiegenen Sicherheitsgefühl auszugehen. Trotz gestiegenem Sicherheitsgefühl wünschen sich in Lübeck und bundesweit die Befragten mehrheitlich polizeiliche Fußstreifen zur Verbesserung der Sicherheitslage in ihrer Wohnumgebung. Der Einsatz privater Streifen wird überwiegend abgelehnt.

3 Mögliche Konsequenzen für polizeiliches und sozialpolitisches Handeln in der Hansestadt Lübeck

3.1 Sozialpolitische Handlungsfelder

Ein wesentliches Ergebnis der Untersuchung ist es, dass das Sicherheitsempfinden von vielfältigen Faktoren abhängt. Dabei sind es nicht nur die wahrgenommene Kriminalitätsentwicklung oder die tatsächlichen Viktimisierungserfahrungen, die auf dieses Gefühl einwirken, sondern auch die unmittelbaren Lebensbedingungen im Stadtteil, die einen wesentlichen Einfluss haben. Dementsprechend hängt die Zielsetzung, ein Gefühl von subjektiver Sicherheit zu schaffen, gleichzeitig von der Verbesserung der Wohnzufriedenheit ab. Hierzu gehören neben dem Abbau sozialer und infrastruktureller Benachteiligung auch die Veränderung der Verkehrssituation oder bauliche Maßnahmen.

Im Vordergrund stehen die folgenden Bereiche: Angebote für Kinder und Jugendliche; Beseitigung der nachteiligen Faktoren, die sich mit dem Leben in Wohnsiedlungen verbinden; Suchtprävention und Hilfen für Drogenabhängige; Beseitigung von Schmutz, Müll und Hundekot als das größte Problem im öffentlichen Raum der unmittelbaren Wohnumgebung; Förderung der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs und die Verbesserung des Straßenzustandes. Als räumlicher Schwerpunkt für sozialpolitische Maßnahmen sollte Buntekuh gelten.

Die Ergebnisse/Folgerungen, die sich aus der Sicherheitsanalyse 2000 ergeben, sollten den politisch Verantwortlichen als Grundlage zukünftiger sozialpolitischer Schwerpunktsetzung in den jeweiligen Stadtteilen dienen. Die Lübecker Bevölkerung sollte in einem Diskussionsprozess über Veränderungsmöglichkeiten einbezogen werden. Hier können die vorhandenen Strukturen des Kriminalpräventiven Rates genutzt werden.

Um die Bekanntheit des Kriminalpräventiven Rates zu fördern, sollte die Öffentlichkeitsarbeit verstärkt werden.

3.2 Polizeiliche Handlungsfelder

Die Untersuchung ermöglicht vielfältige Folgerungen für das polizeiliche Vorgehen / Tätigwerden in der Hansestadt Lübeck, vor allen Dingen handelt es sich um folgende Bereiche:

Die Kriminalität und deren Bekämpfung hat für die Lübecker Wohnbevölkerung eine hohe Bedeutung und ist demnach sehr relevant für die individuelle Lebenswelt der Befragten. Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um dieser hohen Bedeutung von Kriminalität gerecht zu werden. Die Befragungsergebnisse müssen in die zukünftige Schwerpunktsetzung bzw. das Sicherheitskonzept für das Jahr 2001 der Polizeiinspektion Lübeck einbezogen werden.

Die Inhalte, Ergebnisse und Konsequenzen der Sicherheitsanalyse sind im Rahmen der internen und externen Öffentlichkeitsarbeit darzustellen und zu erläutern. Polizeilich relevante Sachverhalte, Zusammenhänge und Erfolge sind im Rahmen einer offensiven Öffentlichkeitsarbeit/Pressearbeit darzustellen.

Die Darstellung der Kriminalitätsentwicklung mit den entsprechenden Schwerpunkten, nämlich Eigentumskriminalität und nicht Organisierte Kriminalität, sollte häufiger erfolgen, allerdings ist hier die entsprechende Sensibilität an den Tag zu legen, um die vorhandene Furcht vor Eigentumsdelikten nicht noch weiter zu verstärken.

Das Sicherheitsgefühl ist vor allem bei Frauen beeinträchtigt. Die Polizeiinspektion Lübeck sollte weiterhin zielgerichtete Maßnahmen unternehmen, um sich u. a. im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit an diese Zielgruppe zu wenden. In diesem Zusammenhang ist das landesweite Projekt „Polizei und Frauen - Gemeinsam gegen Gewalt“ hervorzuheben. Darüber hinaus bietet sich u. a. ein vernetztes Vorgehen mit Fraueninitiativeeinrichtungen und dem Kriminalpräventiven Rat der Hansestadt Lübeck an.

Eine Aussage der Sicherheitsanalyse ist es, dass das Sicherheitsgefühl über die Wohnzufriedenheit, also u. a. durch bauliche Maßnahmen und vor allen Dingen Förderung der Nachbarschaft, beeinflusst werden kann. Hier gilt es, die Stadt noch mehr für diese Zusammenhänge zu sensibilisieren, um die polizeiliche Präsenz als Ersatzfunktion für o. g. Bereiche zurücknehmen zu können. Ein Ansatz ist hier das vorhandene Netzwerk des Kriminalpräventiven Rates.

In einem Stadtteil hat das Sicherheitsgefühl stark zugenommen. Dort geben die Bewohnerinnen und Bewohner an, dass das Auftreten der Polizeibeamtinnen und -beamten als ausgesprochen freundlich wahrgenommen wird. In diesem Stadtteil fand unter dem Begriff "Stadtteil und Schule gegen Gewalt" ein langfristiges Projekt des Kriminalpräventiven Rates statt. Es wird demnach deutlich, dass es durch dieses vernetzte Vorgehen möglich ist,

das Sicherheitsgefühl zu steigern und das Ansehen der Polizei zu fördern, ohne zusätzliche Präsenzanstrengungen zu unternehmen.

Das Sicherheitsgefühl ist in der gesamten Hansestadt Lübeck im Vergleich zur Analyse von 1991 gestiegen und folgt so einer gesunkenen Kriminalitätsbelastung einerseits sowie gewachsenen präventiven Bemühungen andererseits.

Präsenz, auch wenn häufig gefordert, kann kein Allheilmittel sein. Die Analyse bietet jedoch die Möglichkeit, Schwerpunkte polizeilichen Tätigwerdens zu erkennen. Die Auswertung polizeilicher Lagebilder muss weiterhin Grundlage u. a. zielgerichteter Präsenz (Streifen) sein.

Eine Erhöhung der polizeilichen Präsenz bzw. der Wunsch nach mehr polizeilicher Präsenz wird mit den vorhandenen personellen Ressourcen kaum leistbar sein, jedoch darf es kein "zielloses Umherfahren" geben; jede Streifenfahrt sollte mit einem klaren Auftrag, mindestens hinsichtlich der zu bestreifenden Örtlichkeiten, unterlegt werden.

Die polizeilichen Reaktionszeiten – in peripher gelegenen Stadtteilen – sollten in Bezug auf weitere Optimierungen überprüft werden.

Eine weitere Möglichkeit ist, über Maßnahmen nachzudenken, die die Wahrnehmbarkeit der Polizei im öffentlichen Raum erhöhen. Der Streifenwagen wird oft als Barriere zwischen Bürger und Polizei angesehen. Möglichkeiten, um hier Abhilfe zu schaffen, sind Fußstreifen oder Fahrradstreifen, wobei hier nicht die Fahrradstaffel mit besonderen Uniformen auf Mountainbikes, sondern ein Beamter oder eine Beamtin auf einem normalen Tourenrad in Uniform mit dezentem Helm gemeint ist.

Eine weitere, im Ausland häufig festzustellende Lösung würde in dem Einsatz und der Nutzung von Motorrollern bestehen. Hier ist darauf zu achten, dass es sich um Motorroller mit Versicherungskennzeichen handelt, die von jedem Beamten oder Beamtin, der/die Inhaber/in einer Fahrerlaubnis für Personenkraftwagen ist, gefahren werden könnte.

Die Regionalanalyse zeigt, dass teilweise ein hohes Dunkelfeld für bestimmte Delikte existieren könnte. Hier muss versucht werden, über Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit, Vertrauensbildung sowie Maßnahmen zur Erhöhung der Anzeigenbereitschaft das Dunkelfeld zu minimieren.

Offensichtlich sind die Berührungen mit der Polizei von teilweise negativen Erlebnissen geprägt, was zu einer negativeren Einstellung gegenüber der Polizei führt. Hier sind alle Beamtinnen und Beamten auf die besondere Sensibilität einer solchen Kontaktaufnahme zwischen Bürger und Polizei hinzuweisen. Der Umgang mit Opferzeugen muss von professioneller Höflichkeit getragen werden. Das Auftreten der Polizei in der Öffentlichkeit und der Umgang mit dem Bürger darf nie von oben herab, sondern vor dem Hintergrund der freundlichen Unterstützung erfolgen.

Die Polizei sollte noch mehr als bisher ihre originären Tätigkeiten in den Vordergrund stellen, um so effektiver arbeiten zu können. Eine solche Konzentration würde helfen, ein Negativimage in Richtung teilweiser Inkompetenz infolge der Wahrnehmung sozialpolitischer Aufgabenstellungen abzubauen.

Sehr wichtig ist nach Ansicht der Bürger das vernetzte Vorgehen zwischen Kommune und Polizei. Die Untersuchung macht deutlich, dass die Sicherheit im öffentlichen Raum von der Polizei gewährleistet werden soll und für eine Öffnung in Richtung privater Sicherheitsgewerbe nur wenig Raum besteht. Die Polizei wird für diese Sicherheit verantwortlich gemacht, ein Rückzug der Polizei könnte zu einem Ansehensverlust führen.

Die Analyse weist unsichere Orte in Lübeck aus. Darüber hinaus ergeben sich in den jeweiligen Stadtteilen Aufgabenschwerpunkte, die konzentriert und konzeptionell von den verantwortlichen Revierleitern in vernetzter Art und Weise mit den kommunalen Verantwortungsträgern (Möglichkeit der Runden Tische) abgearbeitet werden müssen. Die Revierleiter sollen die Ergebnisse der Regionalanalyse in ihren Verantwortungsbereichen und ihren Gesprächspartnern auf kommunaler Stadtteilbasis vermitteln.

In einem Stadtteil schneidet die Polizei hinsichtlich ihres Ansehens, manifestiert im Auftreten gegenüber dem Bürger, nicht so positiv ab wie in der restlichen Stadt. Hier ist Ursachenforschung erforderlich und Abhilfe zu schaffen.

Die Bürger wünschen sich verstärkt Verkehrskontrollen und Verkehrsregelung zur Minderung der teilweise als schlecht dargestellten Verkehrssituation.

Die Bürgerinnen und Bürger wünschen sich ein verstärktes Vorgehen gegen Drogensüchtige und Drogenkonsum in der Öffentlichkeit. Dieses wird auch als wichtige polizeiliche Aufgabe genannt. Die Schwerpunktsetzung der Polizeiinspektion Lübeck kommt diesem Wunsch u. a. durch Einrichtung einer Ermittlungsgruppe Straßendeal nach.

Die Polizei sollte sich noch mehr als bisher durch Tage der Offenen Tür oder andere Veranstaltungen, die die Bürgernähe fördern, der Öffentlichkeit darstellen, um so die polizeilichen Aufgaben und ihr Tätigwerden transparenter zu gestalten.

Wenn der Bürger als häufigsten Grund angibt, dass eine Anzeige nicht erstattet wird, weil die Polizei die Tat sowieso nicht aufklären kann, müssen die polizeilichen Anstrengungen auf Erhöhung der Aufklärungsquote und Darstellung von Aufklärungserfolgen in der Öffentlichkeit gerichtet sein.

Bürgerinnen und Bürger wünschen sich eine Polizei zum Anfassen, was für verstärktes Auftreten der Polizei in der Öffentlichkeit, Fußstreife und Mitfahren in Bussen spricht. Die Überwachung mittels Video wird dagegen nur von sehr wenig Bürgerinnen und Bürgern gewünscht.

Die Bekämpfung von Sexualdelikten und die Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls sollte wie bisher einen Schwerpunkt der Polizeiarbeit in Lübeck einnehmen.

4 Zusammenfassung der Ergebnisse aus der Sicherheitsanalyse Lübeck 2000

96,4 % der Lübeckerinnen und Lübecker gaben an, dass das Thema Kriminalität für sie eine wichtige Bedeutung hat.

Im Rahmen der wichtigsten staatlichen Aufgaben nimmt die Bekämpfung der Kriminalität in der Hierarchie der politisch relevanten Aufgaben den zweiten Platz ein. Einzig wichtiger ist den Befragten die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Bezogen auf die städtischen Problemlagen nimmt die Bedeutung des Themas Kriminalität allerdings deutlich ab und steht bei den genannten dringlichsten Problemen in Lübeck nach Verkehr und Soziales auf dem dritten Platz.

Bei der Bewertung der polizeilichen Aufgaben wird als wichtigste Aufgabe die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und an zweiter Stelle die Verfolgung von Drogendealern, gefolgt von der intensiven Fahndung nach Straftäterinnen und Straftätern genannt. Interessanterweise wird als unwichtigste polizeiliche Tätigkeit das Organisieren von Sportveranstaltungen für Jugendliche genannt.

Obwohl die Gesamtzahl der Straftaten von 1990 (35.146 statistisch registrierte Straftaten) auf 28.365 statistisch registrierte Straftaten im Jahre 1999 gesunken ist, sind 75 % der Lübecker Befragten der Meinung, dass die Kriminalitätsentwicklung in den letzten zehn Jahren gestiegen ist. Im Vergleich zur Kriminologischen Regionalanalyse von 1991 hat sich diese Einschätzung jedoch verbessert, denn 1991 waren es noch 92,1 % der Antwortenden, die einen Anstieg der Kriminalität vermutet hatten.

Die Einstellung der Bevölkerung zur Polizei ist von einer hohen Akzeptanz geprägt. Insgesamt teilen 91,7 % der Bevölkerung die Meinung, dass es völlig bzw. ziemlich richtig sei, dass die meisten Polizistinnen und Polizisten freundlich und hilfsbereit sind und weitere 87,8 % meinen, dass die Polizei in Lübeck gute Arbeit leistet.

Einer Privatisierung polizeilicher Aufgaben erteilen die meisten Befragten eine klare Absage. So geben 80,1 % der Antwortenden an, dass es eher bzw. völlig falsch sei, dass Sicherheitsdienste am besten Sicherheit schaffen. 73,5 % sind der Meinung, dass die Polizei alleinig zuständig für die Schaffung von Sicherheit sein sollte. Von der Mehrheit der Befragten wird allerdings die Position vertreten, dass unterschiedliche soziale Einrichtungen gemeinsam mit der Polizei für Sicherheit in der Stadt sorgen sollen.

Die am häufigsten gewünschte Maßnahme zur Verbesserung der Sicherheit in den Stadtteilen ist mehr polizeiliche Präsenz. Insgesamt wird deutlich, dass der Wunsch nach höherer Polizeipräsenz vom Sicherheitsempfinden abhängt. Dieses korrespondiert mit der Wohnzufriedenheit.

Das Sicherheitsgefühl hat sich im Vergleich zu 1991 von 82,5 % auf 85,2 % erhöht, wobei ein Stadtteil besonders hervorzuheben ist. Hier hat sich das Sicherheitsgefühl von 58 % auf 77,1 % gesteigert. Offensichtlich wird dort die Tätigkeit des Kriminalpräventiven Rates mit dem Projekt "Stadtteil und Schule gegen Gewalt" positiv wahrgenommen. In den Stadtteilen werden vor allen Dingen Gaststätten und Freizeiteinrichtungen für Kinder und Jugendliche vermisst. Es sind insbesondere Müll und die Belastung durch den Straßenverkehr, die stören.

Hinsichtlich der von den Befragten wahrgenommenen Verunsicherungen ist festzustellen, dass mit zunehmendem Abstand zur eigenen Wohnumgebung die genannte Zahl der unsicheren Orte steigt. Die konkrete Benennung unsicherer Orte weicht einer diffusen Unsicherheitsstruktur.

Innerhalb der jeweiligen Stadtteile sind die am häufigsten genannten Gründe für die Verunsicherung schlechte Beleuchtung, Einsamkeit sowie schlechte Einsehbarkeit. Es sind insgesamt 63,3 %, also zwei Drittel der Befragten, die ihre Viktimisierung nicht angezeigt haben. Dabei wird deutlich, dass die Anzeigehäufigkeit je nach Art der erlebten Straftat stark variiert. Am ehesten angezeigt werden von den Befragten Diebstahlsdelikte insgesamt, der Kfz-Diebstahl und Wohnungseinbruch. Seltener bei der Polizei gemeldet werden meist Straftaten gegen die körperliche Integrität.

Bei den Dunkelfeldberechnungen für Lübeck insgesamt zeigt sich, dass das Dunkelfeld in Bezug auf Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung am höchsten und bei Kfz-Diebstählen am niedrigsten ist.

63,3 % der Opfer haben die Tat nicht angezeigt. Für die Nicht-Anzeige werden insgesamt durchschnittlich zwei Gründe genannt: Die Polizei hätte den Fall sowieso nicht aufklären können und die Tat war zu geringfügig.